Stand: 04.11.2025 19:02:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/281

""Ausbildungsoffensive Pflege" auch in Bayern zügig umsetzen!"

## Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 18/281 vom 06.02.2019
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1260 des GP vom 20.03.2019
- 3. Beschluss des Plenums 18/1438 vom 02.04.2019
- 4. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 02.04.2019



# Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

06.02.2019 Drucksache 18/281

## **Antrag**

der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Martina Fehlner, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Müller SPD

"Ausbildungsoffensive Pflege" auch in Bayern zügig umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege zeitnah über ihre Vorhaben im Rahmen der "Ausbildungsoffensive Pflege" zu berichten.

Die Staatsregierung soll dabei insbesondere auf folgende Fragen eingehen:

- 1. Verfügt Bayern nach Auffassung der Staatsregierung über ausreichend Ausbildungsplätze für die Pflegeberufe, um den steigenden künftigen Bedarf zu decken? Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsplätzen?
- 2. Welche Auffassung vertritt die Staatsregierung im Hinblick auf ihre Pflicht, die Investitions- und Mietkosten der Pflegeschulen zu tragen, die nicht aus dem Ausgleichsfonds refinanzierbar sind? Wird die Staatsregierung diese Kosten übernehmen?
- 3. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung im Hinblick auf eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der Träger der praktischen Ausbildung und der Pflegeschulen ergreifen? Welche Regelungen plant die Staatsregierung gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe (PflAPrV)? Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung im Hinblick auf die Förderung der Zusammenarbeit der verschiedenen Lernorte auf regionaler Ebene?
- 4. Wie wird die Staatsregierung darauf hinwirken, dass die Pflegeschulen ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal zur Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes vorhalten? Welche Position vertritt die Staatsregierung im Hinblick auf Standards für die Qualifikation von Lehrkräften an Pflegeschulen?
- 5. Wie sollen nach Auffassung der Staatsregierung die vor dem 01.01.2020 nach den bisherigen Vorschriften des Krankenpflegegesetzes und des Altenpflegegesetzes begonnenen Pflegeausbildungen in die neuen Ausbildungsnormen nach § 66 Pflegeberufereformgesetz übergeleitet werden?
- 6. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung zur Bereitstellung einer bedarfsgerechten Anzahl von Studienplätzen für die hochschulische Pflegeausbildung ergreifen? Wie wird die Staatsregierung auf eine ausreichende Anzahl von Studienplätzen in der Pflegepädagogik hinwirken?
- 7. Wie wird die Staatsregierung die Träger der praktischen Ausbildung und ihre Verbände dabei unterstützen, die Pflegeberufe in den allgemeinbildenden Schulen vorzustellen und bekannt zu machen?

- 8. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung ergreifen, um den Schülerinnen und Schülern der Pflegeschulen den Zugang zu den schulpsychologischen Diensten der Kommunen zu eröffnen? Wie bewertet die Staatsregierung die Einrichtung einer Ombudsstelle zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Trägern der praktischen Ausbildung?
- 9. Wie bewertet die Staatsregierung die Berücksichtigung von Ausbildungsleistungen, die im Laufe einer nicht erfolgreich abgeschlossenen Fachkraftausbildung erbracht wurden, im Rahmen der landesrechtlichen Pflegehelfer- und Pflegeassistenzausbildung? Wie kann nach Auffassung der Staatsregierung die Pflegehelfer- und Fachkraftausbildung so gestaltet werden, dass bei erfolgreichem Abschluss der Helferausbildung der nahtlose Übergang in die Pflegefachkraftausbildung möglich ist? Wie kann nach Auffassung der Staatsregierung durch eine Modularisierung der Helfer-, Assistenz- und Fachkraftausbildung in der Pflege die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsgängen auch über Ländergrenzen hinweg erhöht und die Weiterqualifizierung erleichtert werden?
- 10. Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um berufserfahrenen Pflegefachpersonen einen fachgebundenen Hochschulzugang zu ermöglichen?

#### Begründung:

Am 28.01.2019 haben die zuständigen Bundesministerinnen die Vereinbarung für eine Ausbildungsoffensive in der Pflege der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese Vereinbarung ist das Ergebnis der Arbeitsgruppe 1 der "Konzertierten Aktion Pflege". Dieser im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarte Diskussionsprozess zwischen Bundes- und Länderregierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Betroffenenverbänden, Kirchen und Krankenkassen umfasst u. a. eine Ausbildungsoffensive, Anreize für eine bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit, ein Wiedereinstiegsprogramm, eine bessere Gesundheitsvorsorge für die Beschäftigten sowie eine Weiterqualifizierung von Pflegehelferinnen und Pflegehelfern zu Pflegefachkräften. In der nun vorliegenden Vereinbarung für eine Ausbildungsoffensive in der Pflege verpflichten sich die Partnerinnen und Partner der Konzertierten Aktion zu konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes sowie der PflAPrV und der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung (PflAFinV). Außerdem sollen mehr Menschen für eine Ausbildung in der Pflege geworben und die Ausbildungsqualität gestärkt werden. Mit dem vorliegenden Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, über ihre Pläne zur Umsetzung der Ausbildungsoffensive Pflege zu berichten.

Die Sicherung der personellen Grundlage für eine gute professionelle Pflege ist eine der wesentlichen gesellschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre. Gut ausgebildete Pflegefachpersonen sind für die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflege eine der wichtigsten Voraussetzungen. Bereits heute ist nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit für den gesamten Pflegebereich von einem bundesweiten Fachkräftemangel auszugehen: Auf 100 offene Stellen kommen in der Altenpflege 26 und in der Krankenpflege und Kinderkrankenpflege 60 als arbeitsuchend gemeldete Pflegefachpersonen. Durch die demografische und soziale Entwicklung wird sich insbesondere in der Altenpflege der Personalbedarf weiter erhöhen. Der wachsende Bedarf an Fachpersonen in der Pflege kann nur gedeckt werden, wenn zahlreiche Menschen aller Altersgruppen für eine Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz gewonnen und in der Ausbildung gehalten werden können. Mit dem Pflegeberufereformgesetz ist ein wichtiger Schritt getan, die Pflege als Beruf attraktiv und zukunftssicher aufzustellen. Die durch das Pflegeberufegesetz eingeführten neuen Pflegeausbildungen bieten Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen die Chance auf umfassend ausgebildete Fachpersonen. Wettbewerbsnachteile für ausbildende Einrichtungen gegenüber nicht ausbildenden Einrichtungen werden durch ein bundeseinheitliches, jeweils auf Länderebene organisiertes und bereichsübergreifendes Umlageverfahren beseitigt. Insbesondere Pflegeschulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen profitieren von den vorgesehenen qualitativen Verbesserungen der Ausbildung sowie einer umfassenden Refinanzierung der Ausbildungskosten ohne Begrenzung der Ausbildungsplätze. Ausbildung in

der Pflege findet auf der Grundlage von Kooperationsverträgen an verschiedenen Lernorten statt: in Krankenhäusern, in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen und an Pflegeschulen sowie in weiteren zur Vermittlung von Ausbildungsinhalten geeigneten Einrichtungen. Deren organisatorische, inhaltliche und pädagogische Zusammenarbeit ist entscheidend für das Gelingen und die Qualität der Ausbildung. Die Umstellung auf die neuen Pflegeausbildungen und die Weiterentwicklungen des Arbeitsfelds Pflege stellen die Pflegeschulen vor besondere Aufgaben. Mit dem Pflegeberufegesetz wird die Finanzierung der Pflegeschulen auf eine neue Grundlage gestellt. Daran anknüpfend sind weitere Anstrengungen erforderlich, um auch aufseiten der Pflegeschulen den Übergang zu den neuen Ausbildungen zu sichern. Mit der Einführung eines primärqualifizierenden Pflegestudiums werden neue Zielgruppen für eine Ausbildung in der Pflege angesprochen. Hochschulisch ausgebildete Pflegefachpersonen stärken die Qualität in der Pflege durch erweiterte, in der wissenschaftlichen Ausbildung vermittelte Kompetenzen. Die Möglichkeit einer Bildungskarriere innerhalb des gewählten Berufsfelds macht den Einstieg in die Pflege attraktiv und fördert die berufliche Verweildauer.

# Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

20.03.2019 Drucksache  $18/1\overline{260}$ 

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Horst Arnold u.a. SPD

Drs. 18/281

"Ausbildungsoffensive Pflege" auch in Bayern zügig umsetzen!

#### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- Im Einleitungssatz werden die Wörter "im Ausschuss" durch die Wörter "dem Ausschuss" ersetzt.
- 2. Es wird folgende Ziffer 11 angefügt:
  - "11. Wie wird die Staatsregierung die Darstellung des Berufsbildes der professionellen Pflege in Zukunft nach außen tragen und dafür Werbung machen?"

Berichterstatterin: Ruth Waldmann Mitberichterstatterin: Barbara Becker

#### II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Bildung und Kultus und der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst haben den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 12. Februar 2019 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
- 3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 14. März 2019 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
- 4. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 14. März 2019 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
- 5. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 20. März 2019 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

#### **Bernhard Seidenath**

Vorsitzender



# Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

02.04.2019 Drucksache 18/1438

### **Beschluss**

#### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Martina Fehlner, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Müller SPD

Drs. 18/281, 18/1260

"Ausbildungsoffensive Pflege" auch in Bayern zügig umsetzen!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zeitnah über ihre Vorhaben im Rahmen der "Ausbildungsoffensive Pflege" zu berichten.

Die Staatsregierung soll dabei insbesondere auf folgende Fragen eingehen:

- 1. Verfügt Bayern nach Auffassung der Staatsregierung über ausreichend Ausbildungsplätze für die Pflegeberufe, um den steigenden künftigen Bedarf zu decken? Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsplätzen?
- 2. Welche Auffassung vertritt die Staatsregierung im Hinblick auf ihre Pflicht, die Investitions- und Mietkosten der Pflegeschulen zu tragen, die nicht aus dem Ausgleichsfonds refinanzierbar sind? Wird die Staatsregierung diese Kosten übernehmen?
- 3. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung im Hinblick auf eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der Träger der praktischen Ausbildung und der Pflegeschulen ergreifen? Welche Regelungen plant die Staatsregierung gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe (PflAPrV)? Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung im Hinblick auf die Förderung der Zusammenarbeit der verschiedenen Lernorte auf regionaler Ebene?
- 4. Wie wird die Staatsregierung darauf hinwirken, dass die Pflegeschulen ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal zur Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes vorhalten? Welche Position vertritt die Staatsregierung im Hinblick auf Standards für die Qualifikation von Lehrkräften an Pflegeschulen?
- 5. Wie sollen nach Auffassung der Staatsregierung die vor dem 01.01.2020 nach den bisherigen Vorschriften des Krankenpflegegesetzes und des Altenpflegegesetzes begonnenen Pflegeausbildungen in die neuen Ausbildungsnormen nach § 66 Pflegeberufereformgesetz übergeleitet werden?
- 6. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung zur Bereitstellung einer bedarfsgerechten Anzahl von Studienplätzen für die hochschulische Pflegeausbildung ergreifen? Wie wird die Staatsregierung auf eine ausreichende Anzahl von Studienplätzen in der Pflegepädagogik hinwirken?

- 7. Wie wird die Staatsregierung die Träger der praktischen Ausbildung und ihre Verbände dabei unterstützen, die Pflegeberufe in den allgemeinbildenden Schulen vorzustellen und bekannt zu machen?
- 8. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung ergreifen, um den Schülerinnen und Schülern der Pflegeschulen den Zugang zu den schulpsychologischen Diensten der Kommunen zu eröffnen? Wie bewertet die Staatsregierung die Einrichtung einer Ombudsstelle zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Trägern der praktischen Ausbildung?
- 9. Wie bewertet die Staatsregierung die Berücksichtigung von Ausbildungsleistungen, die im Laufe einer nicht erfolgreich abgeschlossenen Fachkraftausbildung erbracht wurden, im Rahmen der landesrechtlichen Pflegehelfer- und Pflegeassistenzausbildung? Wie kann nach Auffassung der Staatsregierung die Pflegehelfer- und Fachkraftausbildung so gestaltet werden, dass bei erfolgreichem Abschluss der Helferausbildung der nahtlose Übergang in die Pflegefachkraftausbildung möglich ist? Wie kann nach Auffassung der Staatsregierung durch eine Modularisierung der Helfer-, Assistenz- und Fachkraftausbildung in der Pflege die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsgängen auch über Ländergrenzen hinweg erhöht und die Weiterqualifizierung erleichtert werden?
- 10. Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um berufserfahrenen Pflegefachpersonen einen fachgebundenen Hochschulzugang zu ermöglichen?
- 11. Wie wird die Staatsregierung die Darstellung des Berufsbilds der professionellen Pflege in Zukunft nach außen tragen und dafür Werbung machen?

Die Präsidentin

I.V.

#### **Karl Freller**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Abstimmung** 

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 3)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 8 der Liste. Dies ist der Antrag

der Abgeordneten Rauscher, Fehlner, Halbleib und anderer (SPD) betreffend "Für ein

buntes Bayern jetzt – 1 – Endlich Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt vorle-

gen!" auf Drucksache 18/237, der auf Antrag der SPD-Fraktion einzeln beraten wer-

den soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstim-

mungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen

vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden

ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNIS-

SES 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der

AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich sehe keine. Der Abgeordnete

Swoboda (fraktionslos) ist nicht anwesend. Die Frage, ob er sich einem Fraktionsvo-

tum und welchem Fraktionsvotum er sich anschließen will, erübrigt sich damit. Damit

übernimmt der Landtag diese Voten.

# Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Doppelte Anrechnung des Familiengelds auf Sozialleistungen vermeiden Drs. 18/110, 18/501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zur sog. Prepperszene in Bayern Drs. 18/113, 18/1044 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

zur 14. Vollsitzung am 2. April 2019

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Seitenabstandsaufkleber 1,50 Meter zu Radfahrenden auf Heckscheiben der Polizei-Fahrzeuge Drs. 18/153, 18/1046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Energiewende in Bayern II: Mehr Einsatz für Windenergie Drs. 18/155, 18/678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl SPD Kompetenznetzwerk Künstliche Maschinelle Intelligenz – Stärkung von Kl-Kompetenzen an bayerischen Hochschulen Drs. 18/203, 18/931 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH		Z

 Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD) Sichere Energieversorgung für den Wirtschafts- und Industriestandort Bayern durch sinnvollen Energiemix und Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke

Drs. 18/233, 18/1296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Familienfreundliches Teilzeit-Referendariat für Junglehrkräfte aller Schularten ermöglichen Drs. 18/234, 18/681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	团	A

 Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
 Für ein buntes Bayern jetzt – 1
 Endlich Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen!
 Drs. 18/237, 18/749 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Zugabe von Mikroplastik dulden Drs. 18/274, 18/1094 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A		Z

10. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch,

Klaus Adelt u. a. SPD

Pflegende Angehörige besser unterstützen I – Datenbank mit Angeboten etablieren

Drs. 18/277, 18/1257 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD

Pflegende Angehörige besser unterstützen II – Netzwerkarbeit und Care Management verbessern sowie Koordinierungsstelle Pflegeberatung schaffen

Drs. 18/278, 18/1258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A		A	ENTH	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD
 Pflegende Angehörige besser unterstützen III – Qualitätssicherung: Qualitätsstandards und -management Drs. 18/279, 18/1259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	Z	Α

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Horst Arnold u. a. SPD "Ausbildungsoffensive Pflege" auch in Bayern zügig umsetzen! Drs. 18/281, 18/1260 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber u. a. CSU,
 Elegion Streibl, Dr. Febien Mehring, Sugann Enders u. a. und

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Nachbesserungen beim Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) auf Bundesebene

Drs. 18/285, 18/1261 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	ENTH

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD) Bayerns Natur schützen – Die Verbreitung invasiver Tier- und Pflanzenarten stoppen

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Drs. 18/304, 18/1299 (A)

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel u. a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Gerechtigkeit herstellen und Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge steigern: Doppelverbeitragung von Betriebsrenten beenden Drs. 18/306, 18/1262 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	Z	Z

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum "Enthaltung" zugrunde zu legen.

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD

Beste Bildung und Betreuung unserer Jüngsten - Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes in Bayern Drs. 18/316, 18/1271 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Diana Stachowitz u. a. SPD Vereinbarung für ein Fachkräfteprogramm Drs. 18/321, 18/1297 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE Wähler	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u .a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haus der Kunst – Wie geht es weiter? Drs. 18/344, 18/930 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	ENTH	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u .a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander – Bundespraggemen, Demokratie Johan" für Prägentienspraiekte in Reuge

Bundesprogramm "Demokratie leben" für Präventionsprojekte in Bayern nutzbar machen

Drs. 18/383, 18/1272 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
	Z	Z		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Trennung der Kinder von ihren Familien und keine Schwangeren in Abschiebehaft Drs. 18/384, 18/580 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für

Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Α

22. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Volker Bauer, Barbara Becker u. a. CSU

Prävention vor und Management von invasiven Tier- und Pflanzenarten Drs. 18/395, 18/1093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Klaus Adelt,

Alexandra Hiersemann u. a. SPD

Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit von Wahlrechtsausschlüssen in Landesrecht umsetzen!

Drs. 18/420, 18/1291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen

24. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wahlrecht reformieren – Beseitigung der Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderung bei Wahlen Drs. 18/443, 18/1292 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	ENTH	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Prekäre Situation für Forstabsolventen Drs. 18/307, 18/1273 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib SPD Bekenntnis zum Grundstückserwerb für die Uniklinik Würzburg Drs. 18/223, 18/932 (ENTH)

Gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
	Z	Z	ENTH		Z